

## **Zur Entwicklung der modernen Kriegführung**

Die Variabilität der Formen kriegerischer Gewaltanwendung hat gegenüber früheren Epochen zugenommen. Die Gründe hierfür hängen mit den neuen Möglichkeiten der Waffen-, Verkehrs- und Kommunikationstechnik sowie mit der Relativierung kultureller Schranken zusammen. Das heutige Konfliktspektrum reicht von subtilen Formen des Terrors bis zu absoluter Zerstörung, von Einzelkämpferaktionen über klassische Formen militärischer Operationen bis zu Waffeneinsätzen aus interkontinentaler Distanz oder sogar aus dem Weltraum. Neuerdings kommen noch mögliche Angriffe gegen Kommunikationsnetze im künstlich geschaffenen Medium des Informationsraumes hinzu. Die Grenzen zwischen staatlichen, innerstaatlichen und nichtstaatlichen Bereichen verwischen, ebenso die Ränder zwischen militärischer und polizeilicher Gefahrenabwehr. Konstante Realität bleiben hingegen der Krieg als Phänomen organisierter, politisch motivierter Gewaltanwendung und die Aufgabe des Staates, sich selbst und die in ihm verfasste Gesellschaft davor zu schützen.

Die Erscheinungsformen des Krieges hinsichtlich der Motive, Mittel, Rituale und Methoden, der Intensität und Beschränkungen sind geprägt und bedingt durch das jeweilige kulturelle und zivilisatorische Umfeld. So beeinflusst die Sozialstruktur eines Staates auch die Auswahl der militärischen Technik und die Form der Kriegführung. Die Einführung der Artillerie in den neuzeitlichen Heeren setzte das Vorhandensein einer entsprechenden Handwerkererschicht voraus. Die Mechanisierung der Streitkräfte unserer Zeit basiert auf der Industriegesellschaft. Nun stehen die westlichen Gesellschaften am Beginn des Informationszeitalters, wobei diese allerdings verwundbarer gegenüber Informationskriegführung sind als Gesellschaften, die sich kaum auf elektronische Datenverarbeitung stützen.

Die Vielfalt der Gesellschaftsformen spiegelt sich in der Vielfältigkeit der Formen bewaffneter Konflikte wider. Der zweite Grund für diese Vielfalt liegt in den typischen Tendenzen des Krieges, die Clausewitz die „wunderliche Dreifaltigkeit“ nannte: Gewaltsamkeit und Hass, Spiel des Zufalls sowie rationales politisches Kalkül. Der Krieg ist ein perfekter Verwandlungskünstler, der sich zweckrational ständig seinem Umfeld anpasst. Je nach Zustand der Staatenwelt beobachten wir den Krieg der Könige, der Kabinette, der Nationalstaaten und künftig der Staatengruppen, aber ebenso der nicht- oder quasistaatlichen Organisationen, multinationaler Firmenkonsortien, der Minoritäten, ja sogar Einzelner gegen Staaten und Völker. Je nach Motiven und Interessen weisen die Kriege eine hohe oder niedrige Intensität auf. Und je nach sozio-ökonomischer Verfügbarkeit werden wir es mit globalen oder regionalen Operationen, mit Großverbänden und Spitzentechnik bis hin zu lokalen Bandenkämpfen, mit strategischem Terror und mit „cyber war“ zu tun haben.

Bei Clausewitz waren die Kategorien noch relativ klar (absolutes oder begrenztes Ziel, Krieg oder Frieden, reguläre oder irreguläre Kriegführung); nunmehr haben sie ihre Trennschärfe eingebüßt. Wir erleben einen Aufbruch der internationalen Ordnungen, Globalisierung, Mobilität und die Quantensprünge der Technologie; sie haben die Grenzen fließend gemacht. Strategie reicht künftig von Weltraum, Massenvernichtungsmitteln, klassischen Operationen bis in die Grenzbereiche der Kriminalitätsbekämpfung. Diese Durchlässigkeit und Wandelbarkeit von Art und Form gilt nicht nur für den Beginn, sondern auch für den Verlauf eines Konfliktes.

## Schutz und Verteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe

Sicherheitsvorsorge und Verteidigung sind gesamtstaatliche Aufgaben und nicht solche eines einzelnen Ressorts. Einige fiktive Beispiele für die Lage in Deutschland mögen dies veranschaulichen:

Im Falle eines terroristischen Anschlages mit biologischen Waffen auf eine Kaserne in Deutschland ist gegenwärtig zunächst – zumindest solange Ausmaß und Hintergrund des Anschlages nicht bekannt sind – die lokale Feuerwehr zuständig, anschließend gegebenenfalls das Gesundheitsministerium. Hackerangriffe gegen die Informationsinfrastruktur fallen in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums. Ein möglicher Einsatz von Laserwaffen gegen die Galileo-Satelliten, das zukünftige europäische satellitengestützte Positionbestimmungssystem (GPS), fiel dann folgerichtig in den Zuständigkeitsbereich der Verkehrsminister. Nach einem in der Zukunft eventuell erfolgten umfassenden „outsourcing“ maßgeblicher Fähigkeiten aus den Streitkräften an zivile, kommerzielle Firmen und einer Nichtbeachtung einer Konzentration beziehungsweise Monopolbildung ist nicht auszuschließen, dass ein Drittland, ein Konzern oder ein reicher Terrorist die Firma aufkauft und im entscheidenden Moment, wenn die Bundeswehr diese Fähigkeit benötigt, die Firma schließt. Wäre für die „Abwehr“ dieser Art der „Firmenaufkaufstrategie“, dieses modernen Mittels der Kriegführung das Wirtschaftsministerium zuständig?

Die Verteidigung des Landes ist also eine Aufgabe des gesamten Staates und seiner Bevölkerung. Hierbei geht es wohlbemerkt nicht um eine Militarisierung der Gesellschaft, sondern vielmehr um die umfassende Einbeziehung aller Bereiche der Gesellschaft in die Verantwortung für den Schutz und die Verteidigung des Staates. Dem Staat kommen somit wichtige Organisations-, Koordinations- und Steuerungsaufgaben in einer Zeit zu, in der die Rolle des Staates selbst relativiert wird. Die Bedeutung des Staates im Vergleich zur privaten Industrie nimmt zweifelsohne ab. Will und soll der Staat jedoch zentrale Aufgaben und Verantwortungsbereiche wie den Schutz der Bürger vor äußerer Gefährdung behalten, muss er sich als guter Dienstleister erweisen, der dazu in der Lage ist, die Bürger und die Firmen zu schützen.

Global agierende Firmen werden nur dann ihren Firmensitz und ihre Produktionsstätten in einem Land belassen, wenn sich dieses Land als guter Standort erweist. Der diesbezügliche Wettbewerb steigt. Gleichzeitig wird die „Entführungsindustrie“ florieren und die Piraterie wieder in Mode kommen. Wird sich der Staat für die Sicherheit der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe und der im Ausland tätigen Firmen zuständig erklären und auf das Engste mit den regionalen Regierungen zusammenarbeiten? Oder werden Firmen und Konzerne – analog zur Beschäftigung von Sicherheitsdiensten zum Schutze ihrer Betriebsstätten im Inland – eigene Streitkräfte aufstellen, sich zu Sicherheitskartellen zusammenschließen sowie den Schutz ihres Personals und ihrer Sachwerte selbst übernehmen? Mit anderen Worten: Werden sie eigene Streitkräfte unterhalten – wie beispielsweise die *East India Company* zu früheren Zeiten? Was heißt dies für die zukünftige Rolle und die Verantwortung des Staates, wenn er Kompetenzen in einem zentralen Bereich seines Selbstverständnisses abtritt?

## Grundlegende Asymmetrien

Asymmetrische Kriegführung – ein bereits seit David und Goliath bekanntes Phänomen – wird die Norm militärischer Auseinandersetzungen. Hierzu trägt auch die „Demokratisierung der Bedrohungsmöglichkeiten“ bei, das heißt die Fähigkeit selbst einer einzelnen Person, große Teile der Bevölkerung eines Staates zu gefährden. Gleichzeitig werden auch die westlichen Länder gezwungen sein, asymmetrisch zu reagieren.

Moderne Technik wird *alle* Formen der Kriegführung, einschließlich ihrer Hilfsdisziplinen, unterstützen – die der Hochtechnologiestreitkräfte des Westens auf der einen, die der Guerilla

und der strategischen Terroristen auf der anderen Seite. Konventionelle Kriegführung wird effektiver und effizienter; das gilt aber auch – so ist zu befürchten – für unkonventionelle Formen, zum Beispiel biologische Kriegführung.

Nach Clausewitz heißt Krieg führen, dem Gegner den Willen aufzuzwingen. Wenn nichtwestliche Länder im Rahmen eines mit „klassischen“ Mitteln ausgetragenen konventionellen Krieges kaum eine Chance gegen „den Westen“ haben, dann führen sie den Krieg in Zukunft eben unkonventionell. Nicht Irrationalität und Wahnsinn sind demnach die Hauptmotive für die Bestrebungen einiger nichtwestlicher Länder, sich Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme zuzulegen, sondern zweckrationales Verhalten. Diese Mittel sind in hohem Maße dazu geeignet, den Westen von einer Intervention abzuschrecken.

Sicherheitspolitik ist risikoorientiert, vorbeugend und reaktiv. Sie hat alle denkbaren Risiken umfassend abzudecken; entsprechend vielfältig muss das Instrumentarium sein. Da jedoch stets Machtfragen im Spiel sind, hat Sicherheitspolitik nahezu immer eine militärische Dimension. Der militärische Faktor kann mittelbar wirken, indem er beispielsweise das Risikokalkül politischer Entscheidungsträger beeinflusst, oder unmittelbar, indem Konflikte unter Einmischung militärischer Mittel ausgetragen werden. Auch können Herausforderungen, die ihrem Wesen nach nichtmilitärischer Natur sind, rasch eine militärische Dimension erlangen. Flüchtlingsströme können politisch instrumentalisiert und von Regierungen gesteuert werden; das Gleiche gilt für terroristische Aktivitäten. In keinem dieser Fälle können westliche Staaten auf diese Art von Herausforderungen mit gleichen Mitteln – mit der Entsendung von Menschenmassen beziehungsweise deren militärischer Bekämpfung oder mit eigenen Terroranschlägen – reagieren. Keinesfalls dürfen sich jedoch die Drahtzieher solcher Aktionen in Sicherheit wiegen vor militärischen Gegenmaßnahmen des Westens.

Wichtig ist in solchen Fällen die Fähigkeit, einem Autokraten die politische Kontrolle über sein Land zu nehmen. Hierbei gilt, dass zahlreiche theoretisch denkbare Optionen (Schürung eines Aufstandes, Zerstörung der Kommunikationsverbindungen, Einsatz von Spezialkräften etc.) in der Theorie zwar gut klingen, in der Praxis jedoch nur in Ausnahmefällen zum Erfolg führen dürften. Entscheidend bleibt die Drohung mit einer Invasion. Der politischen und militärischen Führung des gegnerischen Landes muss angedroht werden können, dass sie keine Zukunft hat, wenn sie nicht einlenkt. Letztlich ist dies in der überwiegenden Zahl möglicher Szenarien nur durch die Drohung mit einem Einmarsch vermittel- oder nur durch eine Invasion selbst erzielbar.

Insgesamt erfordert das Aufgabenspektrum westlicher Streitkräfte folgende Fähigkeiten:

- die Fähigkeit zum Schutz der Heimatbasis (einschließlich Luftverteidigung, Raketenabwehr und Zivilschutz),
- zur Abschreckung, das heißt Teilhabe am westlichen Abschreckungsverbund als Rückversicherung,
- zur raschen Krisenreaktion, um ein *fait accompli* zu unterlaufen oder um „Schlimmeres“ zu verhindern,
- zu größeren Operationen (zur Verteidigung und als ultimative Drohung im Rahmen des Krisenmanagements),
- zum Schutz der Netzwerke, der Infrastruktur, der Kommunikations- und Handelswege und zum Schutz der Staatsbürger im In- und im Ausland sowie
- zum Schutz vor Massenvernichtungswaffen (insbesondere vor biologischen und chemischen Waffen).

Die derzeitigen technischen Trends begünstigen jede beliebige Form künftiger bewaffneter

Konflikte: die Intervention quer über den Globus, die Auseinandersetzung hoch technisierter Streitkräfte in allen fünf Medien (Land und See sowie Luft-, Welt- und Informationsraum), lokale und regionale Eruptionen, oder den Bandenkrieg bis hin zum strategischen Terrorismus. Die Strategie wird die Streitkräftestrukturen in beide Richtungen weiterentwickeln: Gruppen, die Apparate/Maschinen bedienen, und solche, in denen der Mensch unmittelbar als Kämpfer auftritt. Die Technik wird beide samt ihren Hilfsdisziplinen optimal versorgen.

Nicht eindeutig vorhersagbar ist, wer letztlich den größeren Nutzen aus der Technologieentwicklung zieht. Mechanisierte Großverbände überlegen einzusetzen und Land-Luft-Schlachten zu gewinnen, das verstehen – zumindest einige – westliche Länder hervorragend. Auf den globalen Maßstab übertragen sind es nur eine Handvoll Länder, die über Jahrhunderte immer wieder dazu in der Lage waren, überlegenes Militär hervorzubringen. Daher gereichen dem Westen zwölf schwere Panzerverbände eines möglichen Gegners vermutlich weniger zur Sorge als ein Dutzend guter Computerhacker oder Mikrobiologen. Und zwölf Computerhacker und zwölf Mikrobiologen wiederum kann jedes Land und jede kriminelle Organisation rekrutieren. Im Gegensatz dazu ist es weitaus schwieriger, zwölf Panzerverbände oder mehrere Jagdbombergeschwader aufzustellen. Westliche Länder haben viel Erfahrung darin, „konventionelle“ Kriege zu gewinnen; umfassende Informationskriege wurden bislang nicht geführt und folglich auch noch nicht gewonnen. Und die Erfahrungen mit Seuchen als kriegsbegleitende Erscheinung – man denke an den Dreißigjährigen Krieg – waren katastrophal.

### **Neue und alte Aufgaben für die Streitkräfte**

Wie sehen nun die neuen Herausforderungen und Aufgaben aus? Manche meinen ja, in der heutigen Zeit eine Transformation des Militärischen in Richtung einer „globalen Zivilgesellschaft“ erkennen zu können. Streitkräfte würden demnach nur noch im internationalen Rahmen und eher als Polizeikräfte eingesetzt. Doch Vorsicht: Straßen und Brücken bauen, Städte evakuieren und neue anlegen, streitende Nachbarn befrieden, Bürgerkriege schlichten und neue politische Verwaltungen aufbauen, all das konnten auch schon die Legionen des Augustus, ohne darüber ihre Kernfunktion zu vernachlässigen: Schlachten zu schlagen und zu gewinnen. Nicht alles, was einen neuen Namen trägt, ist auch neu. Über die strategische Relevanz einer militärischen Aufgabe entscheidet die raue Wirklichkeit, nicht die akademische Diskussion.

Kein Zweifel, Militär und Krieg im 21. Jahrhundert werden sich gegenüber der unmittelbaren Gegenwart drastisch verändern. Wir werden neue Dienste, Strukturen und Organisationsformen bekommen, die Verbände werden kleiner, schneller, wendiger sein, multifunktional und modular konstruiert. Selbständige Operationen einzelner Teilstreitkräfte wird es, wenn überhaupt, nur noch selten geben. Die Hierarchien flachen ab, und die Zahl der auf gleicher Ebene angesiedelten und vernetzten Komponenten nimmt zu. Techniken der Operationsführung umfassen die Kriegführung über Distanz und aus der Distanz, die Duellsituation, in der sich Krieger gegenüberstehen, und die Netzkriegführung.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist das jeweilige Kriegsbild. Der Krieg selbst wird seine Formen und Gestalten vervielfachen. Wir müssen uns eben auf alles gefasst machen, was irgendwie dazu geeignet ist, mit irgendeiner Art von Gewalt politische Ziele durchzusetzen, und dies unter der Bedingung westlicher Sensitivität gegenüber eigenen Verlusten, unter der Bedingung einer steten TV-Begleitung sowie unter der Bedingung innenpolitischer Erklärungszwänge hinsichtlich humanitärer Zielsetzungen. Hinzu kommt das Erfordernis der Konfliktnachbereitung, des Wiederaufbaus und der nachhaltigen politischen Stabilisierung der Region. Eine umfassende Aufgabe und zahlreiche Vorgaben für Soldaten und Diplomaten.

Der Krieg hat seit jeher einen Proteus-Charakter. Er kann tausendundeine Form annehmen, je nachdem, welche unter den gegebenen Verhältnissen gerade Erfolg verspricht. Seine einzige ihm eigene Konstante ist die Gewalt. Sie findet ihre natürliche Grenze nur in der Gegengewalt oder im eigenen politischen Zweck. Auch Clausewitz kannte sehr wohl das Gebot des Maßhaltens, aber nicht als beliebig abrufbares, endogenes Prinzip des Krieges, sondern als Funktion seiner jeweiligen Rahmenbedingungen.

Jede bestimmte Form des Krieges oder – noch allgemeiner – des gewaltsam ausgetragenen Konfliktes ist der Ausdruck bestimmter politischer, strategischer Umstände, mit denen sie steht, fällt oder sich ändert. Die Form ist also stets relativ oder temporär. Es gibt Umstände, die „klassische“ Operationen erfordern, und andere, die die Grenze zur polizeilichen Aktion streifen. Allen gemeinsam ist die Gewalt, besser: deren optimale Anwendung.

Neben der Gewalt verbindet noch ein zweites gemeinsames Element das bunte Allerlei in der Büchse der Pandora: die dominierende Bedeutung des Territoriums. Zwar hat die Erdoberfläche als Operationsraum der Streitkräfte längst Konkurrenz bekommen durch die See, die Luft und neuerdings auch den Weltraum, aber sie bleibt für uns Landbewohner immer *sui generis*. Die strategische Entscheidung, bei einem voll ausgekämpften Krieg oft auch das letzte Gefecht, wird immer um einen terrestrischen Raum ausgefochten und dies vor dem Hintergrund einer stetigen Urbanisierung und dem Erfordernis nach Schutz vor überlegenen westlichen Luftstreitkräften verstärkt in bebautem Gelände. An der Bedeutung des Territoriums werden auch interkontinentale Reichweiten und orbitale Operationsbasen nichts ändern können. Denn als Objekt wie als Voraussetzung politischen Handelns ist das Land unersetzlich, als Träger wichtiger Ressourcen, als Wirtschaftsraum und vor allem als Staatsgebiet, das heißt als physische Grundlage eines Staatswesens, seiner Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit.

Das bedeutet, dass auch die Kriege der Zukunft, wo und womit sie auch immer beginnen, irgendwann den Punkt erreichen, an dem es darum geht, Land, ein bestimmtes Stück Erdoberfläche, zu erobern, zu verteidigen oder zu kontrollieren. Streitkräfte müssen dazu fähig sein. Dies ist, neben der Gewalt, der zweite perspektivische Festpunkt, der bei einer Neukonstruktion des Militärwesens im Auge zu behalten wäre, mag sie auch sonst noch so revolutionär und andersartig ausfallen.

### **Grundlegende Formen zukünftiger Kriege**

Die Streitkräfte westlicher Länder werden sich auf drei grundlegende Kategorien zukünftiger Kriege<sup>1</sup> einzustellen haben:

1. die Abstandskriegführung beziehungsweise die Kriegführung über Distanz („stand-off warfare“),
2. den unmittelbaren Kampf von „Duellanten“ im Konfliktgebiet selbst („hands-on warfare“) sowie
3. die „vernetzte“ Kriegführung („net warfare“).

Westliche Länder werden aus vielerlei Gründen darum bemüht sein, einen gegebenenfalls erforderlichen Krieg aus der Distanz zu führen. Es wird sich in diesem Fall zumeist, aber definitiv nicht immer, um einen Konflikt zwischen Staaten mit erkennbaren politischen Zielen

---

1 Inhalt und Systematik der folgenden Ausführungen stützen sich auf Präsentationsunterlagen aus dem Umfeld des Pentagon, die dem Verfasser zur Verfügung standen. Die folgenden Betrachtungen insgesamt beruhen auf einer umfassenden Studie des Verfassers über das sicherheitspolitische Umfeld in den nächsten Jahrzehnten.

handeln, und der Krieg wird überwiegend nach „militärischen Regeln“ geführt. Der Gegner wird erwartungsgemäß seine Kampfhandlungen einstellen, wenn sich das Kosten-Nutzen-Kalkül zu seinen Ungunsten verändert. Unter diesen Bedingungen können „Abschreckung“ und „Präemption“ funktionieren und sind allemal einem „Ausfechten“ des Krieges vorzuziehen.

Auf den ersten Blick unterstützt moderne Technologie dieses Ansinnen. Sie reduziert, insbesondere durch ihre Abstandsfähigkeit, das Risiko eigener Verluste und erhöht, insbesondere durch Präzision, die Wirkung der eigenen Waffen gegen den Feind. Geschwindigkeit, Kenntnis über den Gegner (Aufklärung) und die Präzision der Waffenwirkung stellen den Schlüssel für den operativen Erfolg dar.

In wenigen Jahrzehnten basieren Luftkriegsoperationen im Wesentlichen auf dem Einsatz unbemannter Systeme großer Reichweite und geringer Signatur. Landkriegsoperationen werden primär durch nichtlineare Operationen, durch Auflockerung und Streuung, massierte Waffenwirkung, Wirkung in der Tiefe und den Einsatz von Kampfrobotern gekennzeichnet sein. Seekriegsoperationen werden insbesondere auch Unterwasserfahrzeuge als Waffenplattform umfassen, die in weiterer Zukunft gleichfalls unbemannt sein könnten. Der Weltraum wird an Bedeutung für die Kriegführung gewinnen. Ebenso der Informationsraum, wobei Informationsoperationen sowohl für sich genommen als auch in Unterstützungsfunktion zum Einsatz kommen.

Das Erfordernis des unmittelbaren Kampfes von „Duellanten“ im Kriegsgebiet stellt eine weitere Kategorie möglicher zukünftiger Kriegführung dar. Die Konfliktparteien können in diesem Falle Staaten, aber auch nichtstaatliche Akteure sein. Oftmals stehen ursprüngliche Identitäten und jahrhundertalte Feindschaften auf dem Spiel, die eine mindestens ebenso große Bedeutung wie „nachvollziehbare“ politische Zielsetzungen haben dürften. Der Kampf wird überwiegend „unmittelbar“ („hands-on“) geführt und wird häufig in bebautem oder bewaldetem Gelände stattfinden. Flüchtlinge beziehungsweise „internally displaced people“ und Nichtkombattanten werden Bestandteil vieler Auseinandersetzungen sein. Die Psychologie spielt in dieser Art von Konflikten eine mindestens so große Rolle wie die Technologie. Für westliche Streitkräfte ist die „psychologische Präzision“ daher von großer Bedeutung.

Militärische Präzision hat somit eine physische und eine psychische Dimension. Physisch kommt es darauf an, das richtige Ziel zu treffen. Psychologisch ist es entscheidend, die erwünschte Wirkung in den Köpfen der gegnerischen Entscheidungsträger zu erzeugen, das heißt deren Haltung, Einstellung, Annahmen und Wahrnehmungen zu beeinflussen. Ein aufgeklärtes Ziel zu zerstören, wird für zukünftige westliche Streitkräfte kaum noch ein Problem darstellen. Zu wissen, welchen Unterschied es für den Gegner bedeutet, ob dieses Ziel zerstört wurde oder nicht, ist weitaus schwieriger zu erfassen.

Der unmittelbare Kampf wird von Gegnern oftmals mit Leidenschaft und Hass geführt. Konflikte, in denen diese Elemente eine wichtige Rolle spielen, erfordern ein verschärftes Verständnis soziokultureller und sozialpsychologischer Zusammenhänge. Mit Leidenschaft kämpfende Krieger aus anderen Regionen haben zumeist einen Vorteil gegenüber „nüchternen“, „leidenschaftslosen“ westlichen Soldaten. Westliche Staaten werden stets bestrebt sein, den Krieg auf Distanz zu führen, während der Gegner in vielen Fällen versuchen wird, dem Westen den unmittelbaren, mit Leidenschaft geführten Kampf im Sinne eines guerilla- oder partisanenmäßig geführten Bodenkrieges aufzuzwingen.

Netzkriegführung bezieht sich auf Angriffe gegen die gegnerische Infrastruktur beziehungsweise auf Konflikte, die kaum als Krieg im traditionellen Sinne zu bezeichnen sind. Im Falle von Angriffen gegen die staatliche oder kommerzielle Infrastruktur eines Landes werden die gegnerischen Streitkräfte praktisch umgangen. Die Vorgehensweise kann offen, wird aber vielfach verdeckt sein. Gerade die Ausnutzung von „Grauzonen“ und

„Mehrdeutigkeiten“ wird ein Merkmal dieser Konfliktform sein. „Quasi-Kriege“ umfassen mögliche Konflikte zwischen nichtstaatlichen Akteuren, kriminellen Kartellen, großen Firmen und Netzwerken. Netzkriegführung ist eine schwierig festzulegende Kategorie, die im Wesentlichen Maßnahmen erfasst, die eben kaum eindeutig bestimmt werden können. Klar ist nur, dass sie stattfinden und massiv die Funktionen eines Staates beeinträchtigen kann.

### **Merkmale zukünftiger militärischer Auseinandersetzungen**

„Mehrdeutigkeit“ wird also eines der Charakteristika zukünftiger Kriege sein. Gegner des Westens werden versuchen, den westlichen Vorteil im Bereich der „rationalen“, „klassischen“ Kriegskunst zu unterlaufen, indem sie sich beispielsweise mit Geschick unterhalb der Schwelle zu einer eindeutigen, völkerrechtlich fassbaren Aggression bewegen. Gleichzeitig werden sie die westlichen Medien in ihrem Sinne zu beeinflussen suchen. Darüber hinaus werden durch unterschiedliche und subtile Formen der Vorgehensweise westliche Konzeptionen wie ressortspezifische Zuständigkeiten – beispielsweise Verteidigungsministerium, Innenministerium, Verkehrsministerium – oder die Unterscheidung von kriminellen Machenschaften und militärischen Auseinandersetzungen „ausgehebelt“. Die Privatisierung und Kommerzialisierung militärischer Aufgaben im Westen trägt ein Übriges dazu bei, die Kategorien zu „verwischen“.

Wesentliches Merkmal der Operationsführung wird aus westlicher Sicht die hohe Geschwindigkeit sein, mit der Operationen ablaufen und Entscheidungen zu treffen sind. Es ist ein allgemeiner Trend zur Komprimierung der Zeit zu verzeichnen. Im Bereich nationaler Sicherheit und militärischer Konflikte werden der Anpassungsbedarf und die Erfordernisse grundlegenden Wandels maßgeblich durch Fortschritte im Bereich der Kommunikation und Vernetzung bestimmt. Das hohe operative Tempo „moderner Kriege“ hat Bedeutung für die taktische, operative und strategische Ebene. In einer Reihe von Szenarien wird die asymmetrische Relevanz des Faktors „Zeit“ jedoch besonders offenkundig.

So arbeitete im Vietnamkrieg die Zeit für Nordvietnam und gegen die USA. Die Nordvietnamesen ließen sich Zeit und standen den Krieg zehn Jahre durch, bis die Amerikaner schließlich abzogen. Im Rahmen der Operation Wüstensturm (zweiter Golfkrieg) vertraten die maßgeblichen Regierungen offenkundig sogar die Auffassung, dass sie es sich nicht einmal leisten könnten, bis zum Beginn des *Ramadan* und bis zum Ende der Schönwetterperiode in der Region zu warten, um Saddam Hussein aus Kuwait zu vertreiben. Ein weiteres Warten hätte den politischen Zusammenhalt der Koalition gefährdet.<sup>2</sup>

„Asymmetrie“ wird ein generelles Merkmal zahlreicher Konflikte der Zukunft sein. In der einen oder anderen Form sind zwar nahezu alle Kriege asymmetrischer Natur; jedoch werden die Asymmetrien in der Zukunft verstärkte Beachtung im strategischen Kalkül finden und auch finden müssen. Die Überlegenheit des Westens auf dem Gebiet konventioneller Kriegführung, das heißt des modernen Gefechtes der verbundenen Waffen und der Land-Luft-Kriegführung, ist offenkundig. Kaum ein nichtwestlicher Gegner dürfte dazu in der Lage sein, den Westen „mit gleichen Waffen“ herauszufordern, wobei es durchaus sektorale Ausnahmen geben kann. Allerdings gilt diese Vermutung nur, solange der Westen seinen Vorteil auf diesem Gebiet behält.

Es liegt in der Logik der Natur des Krieges selbst, dass ein Gegner den Westen in asymmetrischer Art und Weise herausfordern wird. Diese Asymmetrie hat viele Dimensionen:

---

2 Vgl. Holger H. Mey (Projektleiter): *Offensive Luftmacht zur Verteidigung und Friedenssicherung*. Frankfurt a. M., Bonn 1995 (= „Strategische Analysen“ des Instituts für Strategische Analysen e. V., Bonn, Bd. 4), S. 44

technologische, psychologische, ethische und strategische. Militärische Asymmetrieformen können taktischer, operativer, militärstrategischer oder politisch-strategischer Art sein.

Taktische Antworten auf westliche Überlegenheit in militärischer Hinsicht können die Nutzung bewaldeten oder bebauten Geländes, die Vermischung mit Zivilisten und die Nutzung menschlicher Schutzschilde, die Täuschung und Tarnung oder auch der Nichteinsatz von Gerät<sup>3</sup> sein. Operative Reaktionsmöglichkeiten umfassen die Verwehrung von Zugängen, Täuschung und das Setzen auf (zumindest lokal-regionale) quantitative Überlegenheit.<sup>4</sup>

Auch militärstrategisch stehen einem Gegner verschiedene Reaktionsmöglichkeiten zur Verfügung: Sie schließen Einsätze gegen das Heimatland und die zeitliche oder lokale Ausweitung des Konfliktes ein. Auf der politisch-strategischen Ebene könnten Gegner bestrebt sein, die westlichen Einsätze in den Augen der Weltöffentlichkeit oder der eigenen Bevölkerung illegitim erscheinen zu lassen. Auch könnte sich ein Gegner darum bemühen, westliche militärische Fähigkeiten durch Rüstungskontrolle und andere Maßnahmen zu reduzieren (oder auch völkerrechtlich zu verbieten).

### **Sicherheitspolitische Trends**

Das Völkerrecht kann sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterentwickeln. Dies wird aber an der Grundtatsache nichts ändern, dass Recht haben und Recht bekommen zwei verschiedene Dinge sind. Bei der Wahl, das Völkerrecht *oder* die größere Militärmacht auf seiner Seite zu haben, werden sich die meisten Staaten für Letzteres entscheiden. Beide Aspekte zu vereinen, mag die aus westlicher Sicht bevorzugte Option sein. Es wäre allerdings zu wünschen, dass diejenigen, die eine Weiterentwicklung des Völkerrechts fordern, gleichzeitig für verstärkte Verteidigungsanstrengungen eintreten. Wer schützt anderenfalls diejenigen, die völkerrechtlich Recht haben, vor denjenigen, die diese Ordnung herausfordern beziehungsweise gegen das Recht verstoßen? Recht zu setzen, ohne auf die Durchsetzung des Rechts zu achten, ist ein gefährliches Unterfangen. Wer aber bestraft die Großen? Und wer stellt die Truppen zur Durchsetzung des Rechts?

Es muss davon ausgegangen werden, dass es ungeachtet der Weiterentwicklung des Völkerrechts in den nächsten 30 Jahren auch weiterhin Nationalstaaten und militärische Macht geben wird. Der Einsatz von Streitkräften erfolgt im Einklang mit dem Völkerrecht, entgegen dem Völkerrecht oder der Einsatz ist schlicht umstritten. Dass ein Rechtsstreit nun dazu führen wird, den Sieger, falls er Unrecht hat, zu bestrafen, darf bezweifelt werden.

Der Verfasser vertritt die Ansicht, dass die völkerrechtliche Kodifizierung und Normierung „anständigen Verhaltens“ auf der internationalen Bühne eine der Staatenwelt zivilisatorisch gut anstehende Maßnahme ist. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass es in den nächsten Jahrzehnten keine demokratisch legitimierte Weltregierung von irgendeiner machtpolitischen Relevanz mit Weltgesetzgebung, Weltparlament, Weltpolizei, unabhängigen Weltgerichten und Weltgefängnissen geben wird.

---

3 Im Kosovo-Konflikt setzten die Serben ihre Luftverteidigung nur in begrenztem Umfang ein. Die NATO-Luftstreitkräfte mussten jedoch unter der Annahme operieren, dass die Boden-Luft-Raketen Serbiens stets hätten eingesetzt werden können. Dies und das Vorhandensein wirkungsvoller Flugabwehr zwangen die westlichen Flugzeuge in eine Operationshöhe von mindestens 15 000 Fuß und verringerten somit – unter der Bedingung umfassender Vorgaben im Hinblick auf die Beschränkung von Kollateralschäden – deren Einsatzwirksamkeit gegen Ziele auf dem Boden.

4 Quantitative Überlegenheit gewinnt vor dem Hintergrund einer massiven westlichen Abrüstung an Bedeutung. Quantität stellt gleichfalls eine Qualität dar.

Ein Prüfstein für die Relevanz des Völkerrechts als Konfliktregelungsmechanismus ohne militärische Durchsetzungsinstrumente könnte die Frage sein, ob ein Staat eine drastische Reduzierung seiner Verteidigungsanstrengungen mit der Begründung einleitet, dass er sich durch das Völkerrecht geschützt fühlt. Bürger, die sich durch ihren Staat und die Polizei geschützt fühlen, müssen sich nicht bewaffnen. Wer schützt aber die „Weltbürger“? Die Vermutung liegt nahe, dass eine Weltregierung – deren Realisier- und Wünschbarkeit hier heftig bestritten wird – nicht zu Weltfrieden, sondern zu Weltbürgerkrieg führen würde.

Aber selbst wenn sich die hier vertretene These als falsch und das Völkerrecht als stärker und durchsetzungsfähiger als hier angenommen erweisen sollte, bleibt ein Völkerrecht ohne Instrumente zu dessen Durchsetzung und zu dessen Schutz so problematisch wie ein Rechtsstaat ohne Polizei. Wer wird die Streitkräfte bereitstellen, wer wird sie befehligen und wer wird ihren Einsatz politisch zu verantworten haben? Wer, wenn nicht Nationen beziehungsweise die demokratisch gewählten und der Bevölkerung gegenüber politisch Verantwortlichen einer wie auch immer definierten Gemeinschaft?

Aus Sicht eines Realpolitikers ist Streitkräfteplanung ein vergleichsweise einfaches Unterfangen, wenngleich aus historischer Sicht in der Regel weder Demokratien noch Republiken in lang anhaltenden Friedenszeiten ausreichende Verteidigungsanstrengungen unternehmen (nur um hinterher einen entsprechend höheren Preis an Blut und Geld zu bezahlen). Die größte Unbekannte sind die Vorstellungen derjenigen, die humanitäre Interventionen im Einklang mit einem weiterentwickelten Völkerrecht fordern. Auf westliche Streitkräfte kommen unzählige Aufgaben ungeahnter Größenordnungen zu, wenn sich dieses Interventionskriterium flächendeckend und konsequent durchsetzen sollte. Mehr Völkerrecht bedeutet nicht weniger, sondern *mehr* Interventionen.

Ähnlich verhält es sich mit der Globalisierung von Wirtschaft und Finanzen. Wer schützt die vernetzte, verwundbare Welt? Übertragungswege für Viren, Computerviren durch das Internet und biologische Viren über moderne Verkehrsverbindungen nutzende Reisende, nehmen aufgrund der Zunahme von Computern und Internetnutzung sowie der Zunahme von Geschäfts- und Urlaubsreisen zu. Gleichzeitig wird man sich aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung, die weder friedensfördernd noch konfliktbegrenzend wirkt, von Krisen zunehmend weniger abkoppeln können. Wechselseitige Abhängigkeiten erhöhen Interventionserfordernisse, wenn ein Land als Lieferant wichtiger Produkte aufgrund regionaler oder lokaler Krisen ausfällt. Auch Vernetzung bedeutet nicht weniger, sondern *mehr* Intervention.

Piraterie und Entführungen werden sich als lukrativer Geschäftszweig verstärkt etablieren. Die Situation ist zwar nicht neu – wie jeder Zuschauer von Piratenfilmen weiß –, verschärft sich aber aufgrund der Globalisierung und engeren wirtschaftlichen Verflechtung. Werden Staaten nicht dazu in der Lage sein, ihre Bürger und Geschäftsleute im Ausland sowie die internationalen Verkehrswege zu schützen, so werden multinationale Konzerne, Firmenkonsortien und internationale Kartelle diese Aufgaben übernehmen, ähnlich wie im Inland die Wach- und Schließgesellschaften und Sicherheitsdienste, mit letztlich jedoch anderen und weiter reichenden Folgen. Hierauf wurde bereits hingewiesen.

Der Staat muss, will er seine Rolle und Bedeutung erhalten, die Instrumente bereitstellen und den Willen aufbringen, seine vitalen Interessen zu schützen. Tut er dies nicht, schafft er Zonen der Unsicherheit, in denen sich dann rivalisierende Gruppen etablieren und bekämpfen können und in die schließlich ein anderer Staat oder eine andere politische Macht im eigenen Sicherheitsinteresse eindringt.

Die Verteidigung des Landes und der Schutz seiner Bürger sind die vornehmste und wichtigste Aufgabe des Staates. Die Verteidigung des Landes darf unter den heutigen

sicherheitspolitischen Gegebenheiten jedoch nicht mehr verengt territorial verstanden werden. Die zukünftige Rolle und Bedeutung des Staates werden in erster Linie durch ihn selbst bestimmt, wobei die Einflussfaktoren, die seine Rolle relativieren, zunehmen. Die Globalisierung von Wirtschaft und Finanzen spielt hierbei eine maßgebliche Rolle. Industriefirmen können aber die Rahmenbedingungen nicht setzen, aufgrund derer sie funktionieren. Aus der Sicht des Verfassers bleibt der Staat daher Hauptakteur in den internationalen Beziehungen der nächsten Jahrzehnte.

Bevölkerungs- und Umweltprobleme können sich in den nächsten Jahrzehnten in verschärfter Form darstellen – oder auch nicht. Trendextrapolationen sind in diesem Bereich kaum möglich und daher nicht sinnvoll. Klar ist nur, dass beide Faktoren keine Erfindungen des 20. Jahrhunderts sind. Solange es Menschen gibt, streitet man sich um Wohn- und Schweifgebiete und um Ressourcen. Es gibt keinen Grund, warum sich dies grundlegend ändern sollte.

Die Arroganz, mit der man in westlichen Zivilisationen gerne Verständnislosigkeit demonstriert, wenn es in Ländern der so genannten Dritten Welt um ein kleines Eiland oder andere Grenzstreitigkeiten geht, für die Kriege geführt werden, ist heuchlerisch. Die Falklandinseln waren ein genauso guter Kriegsgrund wie es Ceuta und Melilla sein könnten. Und wenn es dann noch Öl gibt ...

Süßwasser wird mit hoher Wahrscheinlichkeit Kriegsgrund bleiben, ohne dass vorausgesagt werden kann, ob man sich nicht auch friedlich einigen können. Da die Form einer militärischen Auseinandersetzung um Ressourcen und Umwelt keine erkennbare Besonderheit gegenüber Kriegen aufweist, die aus anderen Gründen geführt werden, wird sich Streitkräfteplanung auch nicht gesondert darauf einzustellen haben. Der Wettbewerb um knappe Ressourcen wird zunehmen; sicherzustellen, dass er wirtschaftlich und nicht militärisch ausgetragen wird, ist eine der zentralen Aufgabe der Diplomatie, der Wirtschaftspolitik und – nicht zuletzt – der Verteidigungspolitik.

Eine Besonderheit weist die demographische und kulturelle Entwicklung jedoch auf: In den kommenden Jahrzehnten wird die städtische Bevölkerung doppelt so groß sein wie die ländliche. Häuserkampf könnte daher einen größeren Stellenwert im Rahmen militärischer Auseinandersetzungen einnehmen als zuvor. Gleichzeitig gilt mithin auch, dass die Stadtbevölkerung – zumindest solange sie sich noch nicht ausschließlich von Pillen ernährt – auf Zulieferung von Lebensmitteln von außen angewiesen ist. Wer Land und Zugangswege kontrolliert, kann natürlich auch langfristig Städte kontrollieren. Jedenfalls ist auch diese Situation aus der Geschichte bekannt.

Die Trends in der Technologieentwicklung ergeben ein uneinheitliches Bild. Fortschritte beispielsweise im Offensivbereich werden Fortschritte im Bereich der Defensivwaffen beziehungsweise bei Gegenmaßnahmen nicht verhindern können. Ähnlich verhält es sich unter dem Blickwinkel Aufklärung und Tarnung. Daher ist jede konkrete Prognose nichts anderes als eine Momentaufnahme. Einige generelle Trends zeichnen sich zwar ab, Folgerungen hieraus abzuleiten ist jedoch schwierig.

Natürlich muss die Rüstungstechnologie dem allgemeinen technologischen Stand einer Gesellschaft entsprechen. Seine Soldaten nicht mit dem besten zur Verfügung stehenden Gerät auszurüsten ist schlicht unverantwortlich. Gleichzeitig bedeutet technologische Überlegenheit nicht automatisch den garantierten Sieg, wie ganze Bibliotheken der Kriegsgeschichte zeigen. Auf den Aspekt der Hochtechnologieentwicklung wurde bereits eingegangen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Kontinuität und Wandel in der internationalen Sicherheitspolitik auch in den nächsten Jahrzehnten gleichzeitig zu erwarten

sind. Dramatische Veränderungen, insbesondere durch die Globalisierung und die Technologieentwicklung mit den großen Unbekannten Nanotechnologie, Genetik und Molekularbiologie, künstliche Intelligenz und Roboterisierung, um nur einige wesentliche Bereiche zu nennen, werden sich auch auf die Art und Weise, wie Gesellschaften Konflikte regulieren und gegebenenfalls Krieg führen, niederschlagen. Auf der anderen Seite werden auch die Kriege der Zukunft nicht völlig anderen Regeln unterworfen sein als sie bei Thukydides in seinem Werk „Der Peloponnesische Krieg“, bei Sun Tsu in „Die Kunst des Krieges“ oder bei Clausewitz in „Vom Kriege“ nachzulesen sind. Die Kunst der Streitkräfteplanung besteht nun darin, sich auf die neuen Herausforderungen und offene Entwicklungen einzustellen und dabei gleichzeitig nicht zu vergessen, was einige tausend Jahre Kriegsgeschichte lehren.

Dr. Holger H. Mey

Leiter des Institut für Strategische Analysen e.V., Bonn  
Vizepräsident von EuroDefense (Deutschland) e.V., Bonn  
Lehrbeauftragter für Internationale Beziehungen,  
Universität Bonn